

GRENZSCHUTZ: Der Agrarminister musste in der Parlamentsdebatte unten durch und gab dann zurück

Der Schlagabtausch geht weiter

Mit den Plänen des Bundesrates, den Grenzschutz um die Hälfte abzubauen und das Verschwinden von fast 1400 Betrieben pro Jahr zu forcieren, geht Bauernverbandspräsident Markus Ritter unvermindert hart ins Gericht.

DANIEL SALZMANN

Die Initiative für Ernährungssouveränität der Bauerngewerkschaft Uniterre war am Dienstag und am Donnerstag im Nationalrat traktandiert. Die Diskussion drehte sich jedoch nur am Rande um sie, zu klar ist, dass sie im Rat (und vermutlich auch im Volk) keine Chance hat. Stattdessen rechneten die Bauern und ihre Verbündeten im Parlament mit den Plänen des Bundesrats ab, für neue Freihandelsabkommen den Grenzschutz abzubauen. Besonders Gewicht hatte dabei natürlich das Wort des Bauernpräsidenten Markus Ritter, der kurz nach der Publikation der bundesrätlichen Gesamtschau hatte verlauten lassen, das Papier sei zu schreddern und nur für den Papierkübel zu gebrauchen.

«1 Mrd. Erlös wegner»

Am Dienstag doppelte Ritter nach. Er zitierte die bundesrätliche Gesamtschau: «Die Ausführungen zum Abbau des Grenzschutzes mit Marköffnung befinden sich auf den Seiten 53 bis 59. Der Bundesrat bevorzugt das mittlere Szenario mit einem Abbau des Grenzschutzes gegenüber der EU um 50%, wie der Bundesrat auf Seite 59 in seinem Fazit selber ausführt.» Die Schweizer Landwirtschaft würde damit 800 Mio. bis 1 Mrd. Fr. Wertschöpfung für ihre Produkte verlieren. Dies würde mehr oder weniger direkt auf die Einkommen der Bauernfamilien durchschlagen, so Ritter. Das Sektor-einkommen der Landwirtschaft liege heute bei rund 2,9 Mrd. Fr. Der Bundesrat geht in seiner Strategie von einem Sektoreinkommen von 2,3 Milliarden Fr. aus. «Dies wäre ein enormer und nicht zu verkraftender Einkommensverlust für die Bauernfamili-



Markus Ritter kritisierte den Bundesrat. (Bild: Keystone)

lien!» Die Ausführungen zu Kostensenkungen seien nicht greifbar, die Kompensationszahlungen sollten schon in fünf Jahren bei null liegen. Weil die Einnahmen aus Zöllen kleiner wären, solle die Mehrwertsteuer erhöht werden. «Damit das Gesamteinkommen für die Bauernfamilien gleich bleiben kann, will der Bundesrat den wirtschaftlichen Druck so erhöhen, dass der Strukturwandel um 40% gesteigert werden kann.»

«12 000 Betriebe weniger»

Von jährlich 1700 Betrieben, die im Generationenwechsel weitergegeben werden könnten, sollten nicht nur die Hälfte, sondern drei Viertel oder 1370 Betriebe pro Jahr aufgegeben werden. «Das Bauernsterben soll die Lösung bringen, für kleine und mittlere Betriebe soll kein Platz mehr sein in diesem Land», konstatierte Ritter, bevor er rhetorisch in den fünften Gang schaltete: «Hat es je eine Strategie des Bundesrates gegeben, in der das wirtschaftliche Aus von Tausenden von KMUs – in zehn Jahren

über 12 000 Betriebe – das Ziel war? Ich glaube kaum. Auch diese Empörung entgegengeschlagen. Dies ist ein Affront, ein Skandal gegenüber all den fleissigen Bauernfamilien, die täglich hart arbeiten, gesunde Lebensmittel produzieren, die Landschaft pflegen, sich um Tiere und Pflanzen kümmern und sehr bescheiden mit wenig Geld auskommen.»

«Das ist Blödsinn!»

Am Donnerstag antwortete Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann. Er war sichtlich aufgebracht: «Ich akzeptiere nicht, wenn man mir und dem Bundesrat noch einmal vorwirft, wir wollten den Tod der Landwirtschaft – einen grösseren Blödsinn können Sie ja gar nicht aufsuchen!» Wahrscheinlich bezog er sich dabei auf Voten wie dasjenige von Landwirt Marcel Dettling (SVP, SZ): «Bauernfamilien, die tagtäglich ihr Bestes geben, um einwandfreie Produkte zu erzeugen, die täglich ihre Tiere und nicht zuletzt unsere schöne Landschaft pflegen, wer-



Johann Schneider hörte irritiert zu. (Bild: Keystone)

den hier vom Bundesrat bewusst auf die Schlachtbank geführt.» Ganz sicher zielte Schneider-Ammann aber auf den Bauernverband, als er sagte: «Ich akzeptiere nicht, wenn der Dialog verweigert wird. Es braucht schon einiges, dass man, wenn man ein Papier in die Hände bekommt, das von Profis erarbeitet und von der obersten Landesregierung freigegeben wurde, ohne viel Zeit in dieses Papier zu investieren, zur Aussage kommt, das wäre nichts wert und man würde gar nicht darüber reden wollen.» Er akzeptiere nicht, wenn eine Branche die Eigeninteressen über die Interessen der gesamten Wirtschaft mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern stelle. Das gelte nicht nur für die Landwirtschaft.

Droht mit Nichteinladung

«Ich akzeptiere nicht, wenn der neue Verfassungsartikel Ernährungssicherheit, den ich unterstützt und verteidigt habe, wissentlich und willentlich falsch interpretiert und missbraucht wird, um den Bundesrat in der Land-

wirtschaftspolitik mundtot machen zu wollen.» Laut dem Bundesrat wird mit den Plänen für neue Freihandelsabkommen bloss der Buchstabe d des neuen Verfassungsartikels zur Ernährungssicherheit umgesetzt, wo ausdrücklich von Handelsbeziehungen die Rede ist. Er warf den Bauernpolitikern auch Falsch-aussagen vor, einige nannte er namentlich. Doch hier vermochte der Bundesrat den Bauernverbandspräsidenten nicht anzugreifen, denn der hatte sich ganz eng an den Bericht des Bundesrats gehalten. Doch Johann Schneider-Ammann drohte indirekt, Markus Ritter von wichtigen Gesprächen auszusperrn: «Ich werde auch den angekündigten runden Tisch organisieren. Eingeladen werden dann jene Vertreter der Landwirtschaft, die korrekt diskutieren wollen, die bereit sind, sich den Vertretern der anderen Wirtschaftssektoren – Textilindustrie, MEM-Industrie, Pharma, Banken – zu stellen, und die nicht nur auf dem Bundesrat herumhaken.»